

Russischer Einfluss in Afrika : Mali und die EU

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **97 (2022)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1006073>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Russischer Einfluss in Afrika: Mali und die EU

Das System Putin denkt in seiner Sicherheits-, Militär-, und Wirtschaftspolitik nicht nur europäisch und asiatisch sondern auch an Afrika. Russland erweitert seit Jahren seine Einflussphäre in Afrika, in Bezug auf Rohstoffe, Handel mit russischen Waffen und Einfluss auf Staatschefs und Regierungen. Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine erkennt die Welt, dass Russlands Plan mit Afrika schon seit Jahren angelegt war und dem System Putin dort wichtige Einflussphären verschafft hat.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.

Bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung über die Verurteilung des russischen Angriffskrieges stimmten 141 der 193 UN-Mitgliedsstaaten dafür, fünf dagegen, darunter das afrikanische Eritrea.

Unter den 35 Enthaltungen waren neben China, Indien und Brasilien auch 17 afrikanische Staaten, Algerien, Uganda, Burundi, die Zentralafrikanische Republik, Mali, Senegal, Äquatorialguinea, Kongo Brazzaville, Sudan, Südsudan, Madagaskar, Mosambik, Angola, Namibia, Simbabwe und Südafrika.

Das Abstimmungsverhalten spiegelt den Einfluss wider, den Russland auf dem Kontinent hat. Südafrika als zweitgrösste Volkswirtschaft Afrikas ist mit Russland im Brics-Staatenbund verbunden.

Statt den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu verurteilen, fordert Südafrika seit Beginn des Krieges Versuche, den Konflikt mit Diplomatie zu lösen.

Dem Brics-Verbund gehört auch China an, das seine Rolle in Afrika durch Milliarden-Investitionen immer weiter ausbaut. Obwohl Russland auf dem afrikanischen Kontinent überwiegend im Bereich von Bergbau-Projekten und im Bereich Private Security Companies aktiv ist,

geniesst es als Nachfolgestaat der Sowjetunion dort hohe Sympathiewerte.

Diese hatte während des Kalten Krieges zahlreiche afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen unterstützt. Europa versucht sich vor diesem Hintergrund als strategischer Partner zu positionieren, steht dabei bisher aber noch im Schatten Chinas.

Mit ihrer Strategie «Global Gateway» will die Europäische Union nun aufholen und rund 150 Milliarden Euro für Infrastrukturprojekte in Afrika bereitstellen.

Viele Repräsentanten des ANC, der seit dem Ende der Apartheid ununterbrochen in Südafrika an der Macht ist, seien Russland gegenüber loyal eingestellt, so die Analyse des angolanischen Politologen Olívio N'kilumbu. «Einige sind der Meinung, die ehemalige Befreiungsbewegung sei den Russen noch einiges schuldig, seit den Zeiten des Kalten Krieges, und jetzt müssten wir Afrikaner, angesichts der russischen Invasion dazu schweigen», erklärte N'kilumbu.

Die russische Propaganda in vielen Ländern Afrikas, auch und gerade in Südafrika, zielt darauf ab, «die alten Verbindungen der UdSSR mit den Befreiungsbewegungen wiederzubeleben».

Russlands Propaganda zielt auch auf andere Länder im südlichen Teil des Kon-

tinents, deren Unabhängigkeitsbewegungen im 20. Jahrhundert politisch und militärisch von der ehemaligen Sowjetunion unterstützt wurden, führt der Politologe N'kilumbu aus. Länder wie Angola, Mosambik, Simbabwe oder Namibia hätten bei der Ukraine-Resolution in der UN-Vollversammlung ebenfalls «mit der historischen Freundschaft im Hinterkopf» abgestimmt.

Während des Kampfes gegen den Kolonialismus hatte die Sowjetunion die Unabhängigkeitsbewegungen dieser Staaten, also MPLA, FRELIMO, ZANU und SWAPO, mit Waffen und Trainings unterstützt.

«Gerade in Angola und Mosambik hat es seit den Zeiten des Kalten Krieges praktisch keine politischen Veränderungen gegeben. Und deshalb wurde die Nabelschnur, die diese Länder mit Moskau verbindet, nie durchtrennt», so N'kilumbu.

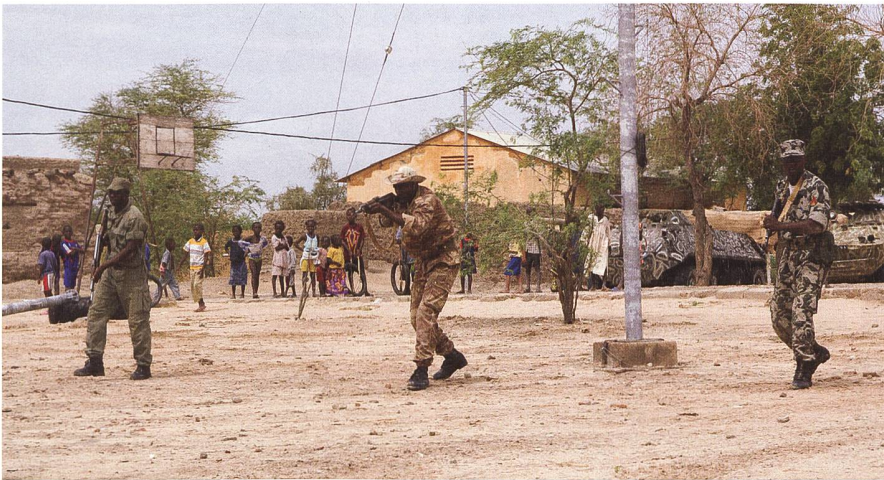
Die MPLA unterhalte weiterhin enge Beziehungen zu den russischen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Eliten: «Auf militärischer Ebene haben wir immer noch russische Ausbilder. Unsere Militärakademie ist russisch beeinflusst.»

Desinformationskampagne

Anlässlich der Afrika-Reise des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz Ende Mai 2022 zu den Staatschefs des Senegals, Nigers und Südafrikas zu den Themen Wirtschaftsbeziehungen, Sicherheitspolitik und Klimaschutz wollte Scholz nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP, die sich auf deutsche Regierungskreise bezieht, auch über russische Desinformationskampagnen in Afrika sprechen.

Deutschland und EU wollten den russischen Versuchen, die eigene Einflussphäre in Afrika auszuweiten, entgegenwirken. So gebe es nach deutscher Auffassung eine «massive russische Desinformationskampagne» im Süden Afrikas.

Russland stelle sich in dieser massiven Desinformationskampagne als Opfer ei-



Die Streitkräfte Malis haben extensives Training von westlichen Nationen erhalten.

ner Aggression des Westens dar, gegen die es sich legitim verteidige. Der Investigativ-Journalist von Code for Africa, Justin Arenstein, erklärt, dass sich die russischen Desinformationskampagnen in den letzten Jahren immer mehr professionalisiert hätten.

In Nairobi beispielsweise betreibe RT, ehemals Russia Today, Büros, «die zu den

grössten weltweit gehören». Das strategische Ziel vor dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine sei es gewesen, «eine pro-russische Stimmung zu erzeugen», erklärt Arenstein, «zunächst um den Weg für Operationen von Söldner-Einheiten der «Gruppe Wagner» oder anderen russischen wirtschaftlichen oder militärischen Interessen in Afrika zu bereiten».

Als Beispiel hierfür wird der Actionfilm «Tourist» aus dem Jahr 2021 angeführt, in welchem russische Soldaten an der Seite der Zentralafrikanischen Republik gegen Putschisten kämpfen, die die Wahlen in dem Land verhindern wollen. Premiere feierte der Kinofilm vor Tausenden Zuschauern im Nationalstadion der zentralafrikanischen Hauptstadt.

Die Regierung des zentralafrikanischen Landes feierte die Produktion als «ein Ruhmesblatt für den Einsatz der russischen Streitkräfte», zitierte die Afrika-Redaktion des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders TV5 Monde.

Das russische Engagement in dem zentralafrikanischen Land begann 2014 inmitten des Bürgerkriegs. 2018 habe das Land Russland um Hilfe beim Aufbau seiner maroden Streitkräfte gebeten. Geliefert wurden Waffen und Söldner der «Gruppe Wagner».

Für ihr Engagement in der Zentralafrikanischen Republik erhielten russische Unternehmen Lizenzen für den Abbau von Gold und Diamanten. →



Bilder: Wikimedia

«Gerade in Angola und Mosambik hat es seit den Zeiten des Kalten Krieges praktisch keine politischen Veränderungen gegeben.»

Das zentralafrikanische Land ist aber nicht das einzige, das Waffenlieferungen aus Russland erhält. Laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI kommen inzwischen 49 Prozent der gesamten Waffenimporte des Kontinents von dort. Auf den Plätzen zwei bis vier liegen: Frankreich, die USA und China.

Bereits im Jahr 2019 hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die Beziehungen nach Afrika zur Priorität der russischen Aussenpolitik erklärt und Staatschefs aus 47 afrikanischen Ländern nach Russland zu einer Konferenz eingeladen.

Die Sicherheitslage in Mali

Die Sicherheitslage in Mali hat sich im ersten Quartal 2022 drastisch verschlechtert, 543 Zivilisten wurden getötet, vier Mal so viele wie im Vergleichszeitraum 2021, so ein UN-Bericht.

Die regierende Militärjunta baute zuletzt ihre Beziehungen zu Russland aus.

Der Bericht der UN-Mission MINUSMA listet von Januar bis März insgesamt 320 Menschenrechtsverletzungen auf, die auf das Konto der «von militärischen Kräften aus dem Ausland unterstützen» Regierungstruppen gehen – im wesentlichen Kräfte des russischen Hybridakteurs «Gruppe Wagner» – das Zehnfache der dokumentierten Fälle im selben Vorjahrszeitraum. Die in Mali regierende Militärjunta hat in den vergangenen Monaten ihre Beziehungen zu Russland ausgebaut. Nach ihren Angaben stützt sie sich im Kampf gegen die Dschihadisten auf russische «Militärausbilder».

Der westafrikanische Staat Mali befindet sich seit 2012 in einer schweren politischen Krise, die Sicherheitslage ist extrem instabil.

Die Sicherheitslage in der gesamten Sahelzone, die sich südlich der Sahara vom Atlantik bis zum Roten Meer erstreckt, ist höchst prekär. Zahlreiche bewaffnete Gruppen und Milizen sind dort aktiv. Einige davon haben den dschihadistischen Grossorganisationen «Islamischer Staat» (IS) oder Al Quaida die Treue geschworen.

Mali steht dabei im Zentrum der Terrorismusbekämpfung in Westafrika. Die Instabilität der Region hat unter anderem auch einen direkten Einfluss auf die Migration Richtung Europa.



Der westafrikanische Staat Mali befindet sich seit 2012 in einer schweren politischen Krise, die Sicherheitslage ist extrem instabil.

Drei Militärputsche erlebte Mali seit 2012. Im August 2020 putschte das Militär gegen den gewählten Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita. Auf Druck der internationalen Gemeinschaft wurde im Januar 2021 eine zivile Übergangsregierung unter Präsident Bah N'Daw und Premierminister Moctar Ouane eingesetzt.

Diese wurde allerdings im Mai 2021 in einem international heftig kritisierten erneuten Putsch entmachtet. Oberst Assimi Goïta führte die Putschisten beide Male an und wurde vom Verfassungsgericht zum Übergangspräsidenten erklärt.

Bei seiner Vereidigung am 7. Juni 2021 gab er eine Garantie ab, dass Mali zur Demokratie zurückkehren werde. Er hatte wiederholt versprochen, dass die angekündigten Wahlen im Februar 2022 stattfinden sollen, dieses Versprechen wurde aber nicht eingelöst.

Nach fast zehn Jahren westlicher Militärpräsenz in Mali ist der westafrikanische Staat nicht zur Ruhe gekommen. Nach dem jüngsten Militärputsch wendete sich die Übergangsregierung zunehmend vom Westen ab – und Russland zu.

Trotz zahlreicher Bedenken hat der deutsche Bundestag Mitte Mai das Mandat für den Bundeswehr-Einsatz aber verlängert.

Die Bundeswehr ist derzeit mit rund 1300 Soldaten an zwei internationalen Militäreinsätzen in Mali beteiligt. Die Missionen gelten als derzeit grösster und gefährlichster Einsatz der deutschen Streitkräfte. Auf Antrag der Bundesregierung werden

zukünftig bis zu 1400 statt 1100 Soldaten für den Stabilisierungseinsatz der Vereinten Nationen (MINUSMA) im Einsatz sein. Das soll den Abzug der französischen Truppen auffangen.

Für den Fall, dass die Kräfte der Franzosen nicht angemessen ausgeglichen werden können, gibt es zudem eine Rückzugs Klausel im Mandat. Der Einsatz zur Ausbildung von Malis Armee, EUTM Mali, wird hingegen schon jetzt weitgehend eingestellt.

Frankreich hatte im Februar 2022 angekündigt, seine Truppen aus Mali abziehen. Man könne nicht mit der Übergangsregierung zusammenarbeiten, die sich im Juni 2021 an die Macht geputscht habe, so die Erklärung von Präsident Emmanuel Macron.

Doch ohne die Fähigkeiten der französischen Streitkräfte sind die internationalen Missionen in dem westafrikanischen Land kaum noch handlungsfähig. Unklar ist beispielsweise, wer zukünftig Kampfhubschrauber stellen wird.

Frankreich hatte 2014 seine Operation Barkahne gestartet, um die damalige Regierung von Mali gegen bewaffnete Terrorgruppen zu verteidigen und die Macht ergreifung durch Dschihadisten zu verhindern.

Im Juni 2021 hat Frankreich die Operation dann in die Task Force Takuba überführt, in der sich 14 europäische Länder engagieren. Auch hier steht die Bekämpfung von terroristischen Gruppen im Vordergrund.



Schwierige Zeit für westliche Peacekeeper: Das System Putin kämpft auch in Afrika gegen den Westen und demokratische Ideen, auf zahlreichen Ebenen und mit sehr unterschiedlichen Akteuren. Es destabilisiert und will seine Einflussphären erweitern.

Nach eigenen Angaben hatte Frankreich im Dezember 2021 4600 Soldaten in Mali und den Nachbarländern Niger und Tschad im Einsatz. Mitte Februar 2022 kündigte der französische Präsident Emmanuel Macron das Ende der Einsätze in Mali an.

In Mali laufen zusätzlich noch andere Einsätze der EU und der Vereinten Nationen, an denen auch die Bundeswehr bis Ende Mai beteiligt ist. Diese sind keine expliziten Anti-Terror-Einsätze, sondern Friedensmissionen der Vereinten Nationen.

Die «Blauhelm-Mission» Minusma (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali) soll durch Truppenpräsenz zur Stabilisierung der Region beitragen.

Am 11.4.2022 hatte der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell erklärt, dass die Ausbildung malischer Streitkräfte durch die EUTM-Mission ausgesetzt wird.

Als Grund nannte er Einmischungen durch die russische Söldner-Gruppe Wagner. Die malischen Behörden seien nicht bereit Beteiligungen der Gruppe auszu-schliessen. Die Aussetzung der Ausbildung sei aber kein Rückzug aus Mali, betonte Borrell.

«Gruppe Wagner» in Mali

Die malische Putschisten-Regierung löst sich mehr und mehr vom Westen und auch von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und wendet sich stattdessen Russland zu.

Die antifranzösische Desinformationskampagne der Jahre 2021 und 2022 in Mali wurde auch durch das russische Propaganda- und Medientzwerk genährt.

Das viel gelesene, einen tägliche Newsletter versendende Internetportal Maliactu übernimmt sehr weitgehend die russische Lesart, auch beispielsweise zum Krieg in der Ukraine, sowie Inhalte staatsfinanzierter russischer Medien, namentlich des Portals Sputnik in seiner französischsprachigen Ausgabe und des Fernsehsenders RT France.

Wie den übrigen Ablegern des kremlnahen Auslandssenders Russia Today wurde ihm die Ausstrahlung in der Europäischen Union ab dem 2. März 2022 untersagt.

Von Zuschauern, die das Verbot unterlaufen möchten, kann er noch über VPN-Kanäle - also virtuelle private Netzwerke - auf Empfangsgeräten gehört und gesehen werden.

Die Militärjunta um Interimspräsident Assimi Goïta hat enge Verbindungen zu Russland, zahlreiche seiner Minister und Stabsoffiziere wurden militärisch in Russland ausgebildet und haben dort studiert.

In den vergangenen Jahren entwickelte sich Russland nach Angaben des Friedensforschungsinstituts SIPRI zum grössten Waffenexporteur nach Afrika und beliefert Mali mit AK-47-Sturmgewehren, Kampfhubschraubern und Panzern.

Gezahlt wird mit finanziellen Zugeständnissen und Bergbaukonzessionen,

durch die Russland seinen Einfluss auf dem Kontinent ausdehne, so SIPRI.

Nach Angaben der in der Regel sehr gut informierten US-Tageszeitung Washington Post hat die russische «Gruppe Wagner» in der Stadt Moura in Mali im Mai mindestens 300 Menschen getötet.

Der Hintergrund ist der Anschluss Hunderter russischer Kämpfer an die malische Armee im Winter 2021, um Gebiete von Gruppen zurückzuerobern, die loyal gegenüber dem IS und der Al Qaida stehen sollen.

Die «Gruppe Wagner» wird international als verdeckter, paramilitärischer Arm des Systems Putin bewertet, als Hybridakteur russischer Sicherheits- und Wirtschaftspolitik in Afrika.

Internationale Forscher gehen davon aus, dass die Gewinne der «Gruppe Wagner» zurück nach Moskau fliessen und damit auch den russischen Krieg gegen die Ukraine unterstützen.

Nach Angaben von US-Streitkräften sind aktuell über 1000 russische «Wagner»-Söldner in Mali aktiv und erhalten von der malischen Militärregierung monatlich mindestens 10 Millionen US-Dollar.

Fazit

Der neue Ost-West-Konflikt wird aktuell und für viele Jahre auch in Afrika ausgetragen werden.

Das System Putin hat bereits vor einigen Jahren damit begonnen, seinen Einfluss auf Afrika in den Bereichen Energie, Wirtschaft, militärische Zusammenarbeit bzw. Ausbildung und Mentoring («Militärberater»), Waffenlieferungen, Private Military Companies auszuweiten.

Der Westen, die Europäische Union, muss gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Krieges in der Ukraine sehr schnell begreifen, dass die wirtschaftliche und politische, gerade auch die sicherheitspolitische Stabilität von afrikanischen Staaten bzw. von Regionen in Afrika, massive Konsequenzen für Europa haben wird, u.a. in Form von Flucht und Migration.

Das System Putin kämpft auch in Afrika gegen den Westen und demokratische Ideen, auf zahlreichen Ebenen und mit sehr unterschiedlichen Akteuren. Es destabilisiert und will seine Einflussphären erweitern. 